

AufRecht
bestehen

Aktionswoche „Herbst der Gegenwehr“:

Presse:

Interview mit Rainer Timmermann bei Radio Dreyeckland:

Aktionstage: „Herbst der Gegenwehr - Sozialstaat sichern“

"Die Erwerbslosen sind in diesem Land nicht das Problem!"

Wir haben bereits berichtet: Der Koalitionsausschuss hat sich auf drastische Änderungen beim Bürgergeld geeinigt. Dieses soll zukünftig "Grundsicherung für Arbeitssuchende" heißen. Vorgesehen sind relativ schnelle hohe Leistungskürzungen, wenn Termine beim Jobcenter nicht wahrgenommen werden, bis hin zur kompletten Streichung der Leistungen inklusive der Unterstützung zur Unterkunft. Auch soll das Schonvermögen gekürzt und die Karenzzeit für die Miete abgeschafft werden. Es gilt der Vermittlungsvorrang in Arbeit, vor der Qualifikation. Schon zuvor hatte Friedrich Merz behauptet, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Er will beim Bürgergeld 10 Prozent der bisherigen Ausgaben einsparen. Das Bündnis AufRecht bestehen ruft nun unter dem Motto „Herbst der Gegenwehr - Sozialstaat sichern“ vom 20. bis zum 24. Oktober zu einer dezentralen Aktionswoche auf. Wir haben mit Rainer Timmermann von der **Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)** gesprochen.

<https://rdl.de/beitrag/die-erwerbslosen-sind-diesem-land-nicht-das-problem>

22.10.2025, ND Der Tag; Sarah Yolanda Koss

Gegenwehr von Jobcenter bis Werkbank

Warum es im Interesse der Gewerkschaften liegt, sich gegen die »neue Grundsicherung« einzusetzen

»Geplant ist ein Generalangriff auf den Sozialstaat«, schreibt das Bündnis »AufRecht bestehen« in einer Pressemitteilung. Gemeint ist die sogenannte »neue Grundsicherung«, die, wie Anfang Oktober von der Bundesregierung vorgestellt, das Bürgergeld ablösen soll. Bis zu zehn Prozent der ehemaligen Kosten, etwa fünf Milliarden Euro, könne der Staat laut Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), so einsparen. Einem Papier aus Regierungskreisen

zufolge werde die Reform dagegen keine nennenswerten Einsparungen bringen, schreibt die »Zeit«.

Erreichen will die Bundesregierung jene Einsparungen jedenfalls über Sanktionen. Ab einem verpassten Termin beim Jobcenter droht eine Kürzung der Geldleistung um 30 Prozent, ab vier verpassten Terminen sollen Personen in der Grundsicherung alle Leistungen gekürzt werden, inklusive Unterkunftskosten. Wenn Personen ein »zumutbares« Arbeitsangebot ablehnen, drohen »Totalsanktionen«, ihnen werden also alle Geldleistungen gekürzt. Außerdem plant die schwarz-rote Koalition, die Wohnkosten zu pauschalisieren und das Schonvermögen zu streichen, also jene Vermögenswerte, die bei der Beantragung von Bürgergeld nicht berücksichtigt werden.

Sparen will die Bundesregierung auch dadurch, Geflüchteten aus der Ukraine anstelle des Bürgergelds Asylbewerberleistungen auszuzahlen. Diese sind niedriger als das Bürgergeld. Der Chef der Arbeitsagentur Nordrhein-Westfalens, Roland Schüßler, bemängelte das zuletzt gegenüber der »Rheinischen Post«: Die Maßnahme führe zu Mehrausgaben, weil dadurch die Arbeitsmarktintegration verzögert werde. Mit den Sanktionen beim Bürgergeld will SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas an »die Grenzen dessen gehen, was verfassungsrechtlich zulässig ist«. Eine Anspielung auf einen Entscheid des Bundesverfassungsgerichts von 2019, wonach eine vollständige Streichung von Leistungen das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verletzt. »AufRecht bestehen« wirft die Frage auf, ob die Maßnahmen nicht doch einen Verfassungsbruch darstellen. Laut einem kürzlich veröffentlichten Gutachten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes könnte bereits das Bürgergeld einem Entscheid des Bundesverfassungsgerichts widersprechen. »Statt der steigenden Armut entgegenzuwirken, will die Regierung Erwerbstätige mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen gegen Erwerbslose, Rentner*innen und andere Menschen mit wenig Geld ausspielen und plant eine weitere Umverteilung von unten nach oben«, kritisiert »AufRecht bestehen«.

Entgegen der kritisierten Ausspielungen fordert das Bündnis aus Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften, wie der Arbeitskreis Arbeitslosigkeit der IG Metall oder der Sozialhilfverein Tacheles, diese Woche bei mehreren Informationsveranstaltungen armutsfeste Löhne, Renten und Existenzsicherungsleistungen für alle. Außerdem mehr Qualifizierungen und Weiterbildungen, wie sie ursprünglich im Bürgergeld vorgesehen waren, und bezahlbaren Wohnraum. Finanziert werden soll der Ausbau des Sozialstaats über eine Wiedereinsetzung der Vermögen- und eine Reform der Erbschaftsteuer.

Dass sich Gewerkschaften nun hinter Erwerbslose stellen, ist per se nicht verwunderlich, schließlich greift die Bundesregierung zum Beispiel mit dem Schonvermögen gewerkschaftliche Errungenschaften an. Zudem gibt es Familien im Bürgergeldbezug, deren unzureichende Löhne durch Sozialleistungen aufgefangen werden.

»Es ist die Kernaufgabe von Gewerkschaften, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen gemeinsam mit ihnen zu verbessern«, so Philipp Singer, Erster Bevollmächtigter IG Metall Berlin, über das Bestreben von »AufRecht« auf »nd«-Anfrage. »Das schließt auch Menschen ein, die aktuell nicht in Arbeit sind, aber selbstverständlich Teil der Gesellschaft. Daher kämpfen wir auch mit ihnen dafür, dass die Grundsicherung als Abfederung für schwierige Lebenssituationen verbessert wird.«

Die Nullrunden beim Bürgergeld wirken sich auch auf die Grundsicherung im Alter aus, erklärt Ulla Pingel vom Arbeitskreis Rentner*innen mit geringem Einkommen bei Verdi im Gespräch mit »nd«. Der Arbeitskreis fordert bereits länger eine Erhöhung um 200 Euro, weil das Existenzminimum nicht gewährleistet sei.

»Wenn Sanktionen erhöht, Leistungen gestrichen werden und Erwerbslose gezwungen sind, jeglichen Job anzunehmen, steigt der Druck auf alle Löhne.«

Rainer Timmermann Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Das Hauptargument für Gewerkschaften ist aber: »Wenn Sanktionen erhöht, Leistungen gestrichen werden und Erwerbslose gezwungen sind, jeglichen Job anzunehmen, steigt der Druck auf alle Löhne«, so Rainer Timmermann von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zu »nd«. Das passiert zum Nachteil der Verhandlungsbasis der Gewerkschaften, ergo aller Arbeiter*innen. Ebenso wenn Erwerbstätige fürchten müssen, bei einer Kündigung durch das soziale Netz zu fallen. »Deshalb fordern wir einen funktionierenden Sozialstaat und Teilhabe für alle am Arbeitsmarkt.«

Die neuen Sanktionen werden kaum zu mehr Geld in der Staatskasse führen –und auch nicht zu mehr Beschäftigung. Das ist gar nicht unbedingt das Ziel der Reform. Denn Arbeitslosigkeit ist – neben einem Druckmittel auf Gewerkschaften – auch ein wirtschaftspolitisches Instrument. Könnten Arbeiter*innen bei Vollbeschäftigung höhere Löhne fordern, würden Unternehmen mit höheren Preisen reagieren und eine Lohn-Preis-Spirale nach sich ziehen. Dadurch käme es zu einer hohen Inflation.

Dass die Bundesregierung ein Interesse daran hat, Arbeitslosigkeit zu erhalten, zeigt sich exemplarisch an der »lohnstabilisierenden Arbeitslosenquote« die jedes Jahr im Bundesfinanzministerium berechnet wird. Der Zielwert lag 2024 bei 2,8 Prozent. Der Diskurs um angeblich arbeitsunwillige Bürgergeld-Beziehende verfälscht also die Realität und dient vor allem der Spaltung, wie sie das Bündnis »AufRecht bestehen« kritisiert.

TAZ 22.10.25, Peter Nowak

Geplante Verschärfungen beim Bürgergeld Ein Hauch von Gegenwehr

Erwerbslosengruppen haben eine Aktionswoche gegen die schwarz-roten Pläne gestartet. Danach wollen sie beraten, wie der Widerstand breiter werden kann.

Die geplanten Verschärfungen beim Bürgergeld sorgen für erste Proteste. Gewerkschaftliche Erwerbslosengruppen und Beratungsstellen aus ganz Deutschland haben unter dem Motto „Herbst der Gegenwehr“ zu einer Aktionswoche aufgerufen, die am Montag begonnen hat.

Im Aufruf heißt es, dass es der Bundesregierung um einen Angriff auf den Sozialstaat gehe. „Das Bürgergeld steht im Fokus einer absurden Diskussion um eine angebliche Explosion der Sozialausgaben, die ‚wir‘ uns nicht mehr leisten können“, schreiben die Gruppen. Es werden

Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft zitiert, die über Jahre erkämpfte sozialstaatliche Rechte generell infrage stellten.

„Es geht bei der Aktionswoche darum, Bürgergeldempfänger*innen über ihre Rechte zu informieren. Genauso wichtig ist es aber, die Gesellschaft zu informieren, dass es sich hier um Angriffe auf den Sozialstaat und auch auf die Löhne handelt“, sagte Heike Wagner, Fachreferentin der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), der taz. Der Widerstand gegen die Sanktionierung von Bürgergeldbezieher*innen, von denen viele nicht erwerbslos seien, und der Widerstand gegen Sozialkürzungen gehöre zusammen. Beides dürfe sich nicht spalten lassen, betonte Wagner.

Die KOS gehört neben weiteren gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen zu den Träger*innen der Aktionswoche. Sie kooperieren dabei mit örtlichen Erwerbslosengruppen und Beratungsstellen wie Tacheles e.V aus Wuppertal, der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), der Erwerbsloseninitiative Basta! aus Berlin und der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen.

Im Rahmen der Aktionswoche werden deutschlandweit unterschiedliche Aktionen durchgeführt. Die Palette reicht von Fachtagungen zum Thema Armut bis zu Infoständen vor Jobcentern, am Donnerstagnachmittag zum Beispiel in Berlin-Wedding. Dort sollen auch Flyer verteilt werden, in denen über die Rechte im Jobcenter informiert wird.

Der langjährige Erwerbslosenaktivist und Sozialwissenschaftler Harald Rein nennt die Aktionswoche einen „ersten Versuch, wenigstens etwas Widerstand gegen die angekündigte ‚neue Grundsicherung‘ zu initiieren“. Im November wollen Erwerbslosengruppen darüber beraten, ob, wie und in welchen Zusammenhängen ein breiterer Widerstand gegen die Angriffe auf das Bürgergeld entwickelt werden kann.

Stuttgart:

10.10. bis 17.10.

- **Wir ver.di-Erwerbslose aus dem Bezirk Stuttgart haben uns im Rahmen der Armutswoche vom 10.10. bis 17.10.25 – auch als vorgezogene Beiteiligung zur Aktionswoche AufRecht bestehen - mit zwei Aktionen beteiligt. So waren wir am 10.10.25 mit unseren selbst gefertigten Plakaten beim Stuttgarter Landtag zur Landespressekonferenz und haben Flyer verteilt. Die Flyer wurden in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Ak Frieden erstellt. Uns war wichtig den Zusammenhang zu Aufrüstung und Abbau des Sozialstaats aufzuzeigen. Leider sind wir sehr schnell von der Polizei gestoppt worden und haben uns dann auf den Rückweg zum Gewerkschaftshaus gemacht. Dabei wurden wir auf einer Strecke von ca. 2 km insgesamt 5 mal von der Polizei gestoppt und unsere Personalien wurden aufgenommen. Zudem hat sich kaum eine/r für unsere Aktion interessiert und unser Flyer wurde nur von sehr wenigen entgegengenommen.**

- Eine weitere Aktion mit den gleichen Materialien im Vorort Bad Cannstatt verlief deutlich erfreulicher. Wir bekamen viele positive Rückmeldungen. Viele sind der Meinung, dass es unbedingt einen großen Widerstand geben muss gegen das Aufrüsten den Abbau im sozialen Bereich., was nur wieder mehr Menschen in die Armut treibt. Warten wir mal ab ob es ein Herbst der wirksamen Gegenwehr gibt?! Zudem war dieses Mal weit und breit keine Polizei in Sicht!!





Aktiv. Solidarisch.
Wir reden mit.

ver.di

ARMUT UND KRIEG BEDROHT ALLE

„Der nächste Krieg wird ein Krieg sein, Arm gegen Reich. Und meine Klasse, die der Reichen, wird diesen Krieg gewinnen. Nicht weil wir Recht haben oder besser sind, sondern weil wir Geld haben.“
[Warren Buffett, US- Investor]

Die aktuelle Aufrüstungspolitik ist asozial !

Nach dem Scheitern der Ampelkoalition „Zeitenwende“ und den Neuwahlen mit Stärkung der Rechten laufen die Vorbereitungen für eine gigantische Ausweitung der deutschen Kriegspolitik.

Die damit einhergehende Propaganda von Regierung, der Bundeswehr, der Rüstungslobbyisten für mehr Aufrüstung nach innen und nach außen, bestimmen zunehmend den öffentlichen Diskurs. Deutschland soll wieder „kriegstüchtig“ werden.

Krieg ist offenbar alternativlos ? Wer sagt das und mit welchem Interesse?

Kanonen statt Butter?

„Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand. Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen „Kanonen und Butter“ zu treffen“ (IfW-Präsident M.Schularick).

Mit einem Gesamtvolumen von rund 86,49 Milliarden Euro sollen Deutschlands Verteidigungsausgaben in diesem Jahr auf einen neuen Höchststand steigen.

Der Finanzplan der Bundesregierung für 2026 bis 2029 sieht vor, dass zukünftig ein Drittel aller Bundeseinnahmen in Ausgaben für das Militär fließen sollen.

Wer wird dafür bezahlen?

Heute schon leben in Deutschland 13 Millionen in Armut -

während gleichzeitig das Gesamtvermögen der 500 Reichsten 1,1 Billionen Euro beträgt. Und seit Jahren geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Es geht um Alles: Unsere Einkommen, unsere Renten, die Bildung unsere Kinder, die Umwelt in der wir Leben, unser Gemeinwohl, unsere Gesundheit und Pflege im Alter, um Internationale Solidarität und Humanitäre Hilfen, Kultur

Alles was unser Leben ausmacht.

Widerstand kommt aus Empörung.

Empören wir uns – gegen Krieg und Sozialabbau.

Werden wir widerständig!

ver.di – Vereinigte
Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Stuttgart
Wilb-Bleicher-Str. 20, 70174
Stuttgart, Telefon: 0711 / 1664 –
000, Fax: 0711 / 1664 – 219
bz.stuttgart@verdi.de

Arbeitskreis Frieden gemeinsam mit dem Erwerbslosenausschuss des ver.di Bezirk Stuttgart



ARMUT UND KRIEG BEDROHT ALLE

„Ich werde mich durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt nicht irritieren lassen. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“ (Friedrich Merz, August 2025)

Schrecken verbreiten gehört zum Handwerk politischer Beeinflussung

Tatsächlich sind die Ausgaben für den sozialen Bereich weit geringer als in Frankreich, Italien oder Spanien.
In Wirklichkeit geht es um etwas ganz anderes:

Milliarden für „Kriegstüchtigkeit“
heißt massiver Sozialabbau

Gespart werden soll ausgerechnet bei den Ärmsten -
Menschen im Bürgergeldbezug oder in der Grundsicherung

2025 und auch 2026 keine Erhöhung des Bürgergelds!

Einem Single- Haushalt stehen nach wie vor 563 Euro im Monat zur Verfügung. Und das bei einem Preisanstieg der Lebensmitteln seit 2021 um 30 Prozent.

Durch Verschärfung von Sanktionen bis hin zum „Null-Bezug“ (bei Verweigerung der Aufnahme einer Arbeit).
Kanzler Merz faselt von 5 Milliarden Einsparungen, obwohl es nachweislich kaum Totalverweigerer gibt.

Senkung der Wohnkosten! Konkret kündigte der Kanzler eine Deckelung der Mietkosten und eine Überprüfung der zugestandenen Wohnungsgrößen an.

Wir brauchen aber stattdessen mindestens 813 Euro monatlich für Lebenshaltungskosten und bezahlbaren Wohnraum!

Einsparungen bei Kindern in Familien mit Bürgergeldbezug!

Einem 10jährigen Kind z.B. stehen im Regelsatz 5,05 Euro täglich für Nahrungsmittel und Getränke zur Verfügung. Oft verzichten Eltern auf warme Mahlzeiten, um ihre Kinder satt zu bekommen.

1,5 Millionen Kinder sind von Armut betroffen. Statt an diesen Kindern zu sparen, muss die Regierung endlich die längst überfällige Kindergrundsicherung einführen!

740.000 Rentnerinnen und Rentner sind auf Grundsicherung angewiesen! (nicht eingerechnet diejenigen, die aus Scham darauf „verzichten“). Jede/r vierte bekommt nach 45 Arbeitsjahren weniger als 1.300 Euro Rente. Die Altersarmut wird weiter ansteigen, sollten sich die Pläne der Regierung durchsetzen die Durchschnittsrente zu senken und die Renten nicht mehr an die Löhne anzupassen. Geld für bessere Renten und eine gefüllte Rentenkasse ist möglich, nach dem Modell Österreich, wo die Durchschnittsrente 600 Euro höher ist als in Deutschland: ALLE, also auch Beamte und Selbständige sollen in die Rentenkasse einzahlen!

Widerstand kommt aus Empörung.

Empören wir uns – gegen Krieg und Sozialabbau.

Werden wir widerständig!

Erwerbslosenausschuss gemeinsam mit dem Arbeitskreis Frieden des ver.di Bezirk Stuttgart

ver.di – Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Stuttgart
Wilb-Elwischen-Str. 20, 70134
Stuttgart, Telefon: 0711 / 1664 –
000, Fax: 0711 / 1664 – 219
bz.stuttgart@verdi.de
stuttgart.verdi.de

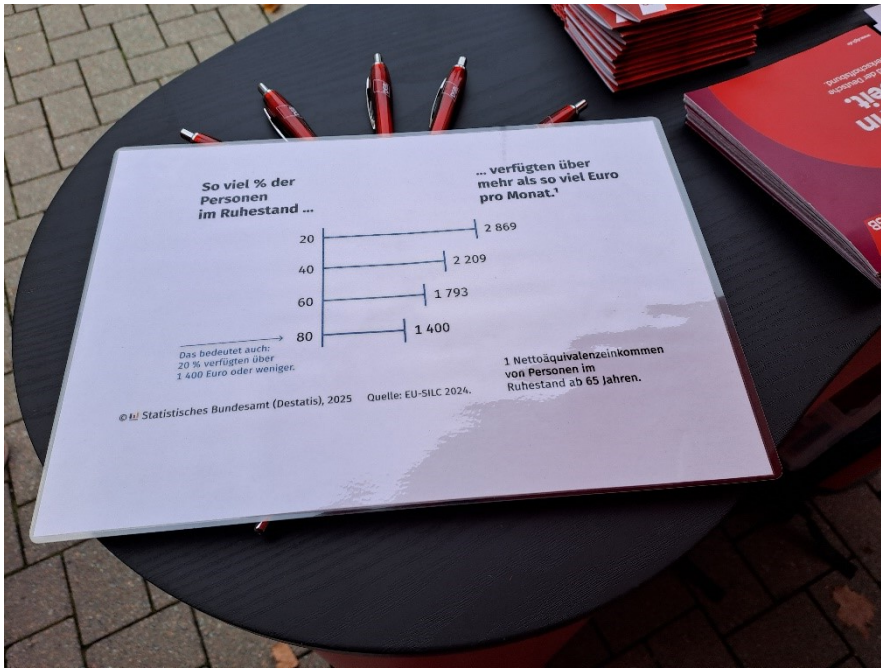
Villingen-Schwenningen

15.10.

In der Aktionswoche 2025 „Armut bedroht alle“, setzt der DGB Südbaden mit seinen Quellgewerkschaften ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und demokratische Werte.

Wir verbinden unsere Aktion auch mit der dezentralen bundesweiten Aktionswoche „Herbst der Gegenwehr“. Deshalb haben wir am Mittwoch, 15.10.2025, von 09 – 12 Uhr einen Stand mit verschiedenen Materialien zum Thema um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen aufgebaut.

Der Stand befand sich in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) im Stadtbezirk Muslen vor dem City-Rondell. Der Stand war gut besucht und wir konnten mit Bürgern über soziale Themen ins Gespräch kommen und ihre Ängste und Nöte aufnehmen.





Wedel:

20.10. Verteilung von Flugblättern auf dem Wedeler Rathausplatz

Arbeitsmarktzahlen für Wedel 09.25	
Arbeitslose	1144
Langzeitarbeitslose	309
Monat	09.25

Arbeitslosenquote für Wedel 09.25		
09.25	6,1%	1.144
08.25	6,1%	1.146
09.24	5,7%	1074
Berechnungsgrundlage der Arbeitslosenquote: Anzahl der abhängig zivilen Beschäftigten:		18754

Langzeitarbeitslose in Prozent zur Gesamtzahl	27,01
	Anzahl
Arbeitslose	70
abhängig Beschäftigte	-88
Unterschied zum Vorjahr	
(+ =mehr - =weniger	

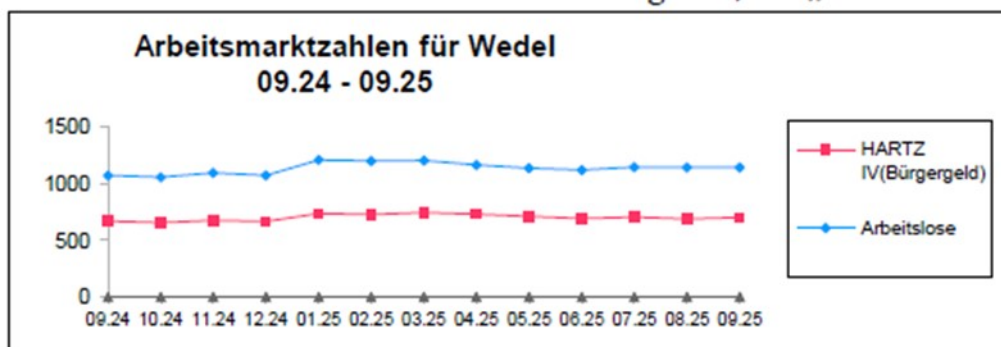
Herbst der Gegenwehr: Angriff auf den Sozialstaat abwehren!

Solidarität statt Spaltung

Die Arbeitslosenselbsthilfe - Arbeit für alle – e.V. Wedel beteiligt an der bundesweiten Aktionswoche des Bündnis „AufRecht bestehen“ vom 20.10. bis zum 24.10.2025 - Macht alle mit!

Wir zitieren aus dem Aufruf:

*Die Rhetorik, mit der der bevorstehende „Herbst der Sozialreformen“ begleitet wird, ist beängstigend und verschärft sich zusehends: Kanzler Merz behauptet, der Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“ und verkündet, er werde sich „durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt, nicht irritieren lassen“. Die seit Einführung des Bürgergelds immer weitergetriebene Kampagne gegen als „Schmarotzer“ diffamierte Bezieh*innen von Grundsicherungsleistungen ist in den letzten Monaten weiter eskaliert. Das Bürgergeld steht im Fokus einer absurden Diskussion um eine angebliche Explosion der Sozialausgaben, die „wir“ uns nicht*



mehr leisten können. Es wird nun konkret, der Kanzler hat als Einsparziel fünf Milliarden Euro genannt - rund 10 Prozent der bisherigen Mittel - und das bei steigenden Arbeitslosenzahlen. BDA-Chef Steffen Kampeter hält den Sozialstaat gar für „quasi insolvent“ und möchte, statt über „Alimentierung“ und „Höhe des Bürgergelds“ zu sprechen, lieber „jeden einzelnen in die Pflicht nehmen.“

Angriff auf den Sozialstaat

Die Regierung hat jedoch nicht nur die Grundsicherungsleistungen im Visier, sondern so ziemlich alles, wo sie Einsparpotential sieht – neben der Grundsicherung auch die Renten, das Wohngeld und den Kinderzuschlag. Auch der Achtsturentag und die Anzahl der gesetzlichen Feiertage stehen bereits zur Disposition.

Sozialstaatliche Errungenschaften sollen nicht mehr finanzierbar sein, für Rüstung und Militär sind aber scheinbar endlose Summen vorhanden, Konzerne werden mit Steuergeschenken bedacht, während das Geld für Daseinsvorsorge mal wieder fehlt.

Wir müssen uns auf heftige Angriffe einstellen, die sich, wie in der Frage der 100 Prozent-Sanktionen für „Totalverweigerer“, nur wenig um ihre Konformität mit dem Grundgesetz zu scheren scheinen.

Solidarität statt Spaltung

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Die geplante Kürzungspolitik bei der Grundsicherung, im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie die Infragestellung erkämpfter Arbeitnehmer*innen-Rechte ist ein Angriff auf den Sozialstaat, der uns alle betrifft! Wir können diesen Angriff auf unsere Lebensbedingungen nur gemeinsam abwehren. Wir wollen der Kahlschlagpolitik nicht ohnmächtig zuschauen, sondern dem „Herbst der Sozialreformen“ einen „Herbst der Gegenwehr“ entgegensetzen!

Wir fordern:

- Armutsfeste Existenzsicherungsleistungen, armutsfester Mindestlohn, armutsfeste Renten
- Mehr Qualifizierungen und Weiterbildungen
- Keine Kürzungen bei Gesundheitsversorgung und Pflege
- Gleichstellung von Menschen mit und ohne deutschen Pass
- Bezahlbaren Wohnraum
- Keine Kürzungen des Sozial-etats zugunsten der Militarisierung Deutschlands!
- Gesellschaftlichen Reichtum um verteilen, Vermögenssteuer wieder einsetzen, Erbschaftssteuer reformieren



Beteiligt sich an der bundesweiten Aktionswoche des Bündnisses

*Auf
Recht
bestehen*

vom 20.10. bis zum 24.10.2025

Herbst der Gegenwehr

- **Angriff auf den Sozialstaat abwehren**
- **Solidarität statt Spaltung**

Wer mitmachen will, meldet sich im
Treffpunkt Arbeitslosenzentrum,
Mühlenstr. 35 22880 Wedel
Im Rahmen der Öffnungszeiten
montags bis freitags von 9:00 bis 14:00 Uhr.
Nähere Informationen auch im Infotreff
donnerstags 16:00 Uhr

Wolfsburg:

20.10. -24.10. Briefkastenaktion des IG Metall Arbeitskreises „Arbeitslos - Nicht Wehrlos (ANW)

24.10. Infopavillion des ANW auf der Porschestraße

Karlsruhe:

21.10. Veranstaltung zum aktuellen Stand im SGB II in den Räumen der ver.di Bezirksgeschäftsstelle Mittelbaden-Nordschwarzwald unter Beteiligung des Landeserwerbslosenausschusses sowie der ver.di Bezirke Mittelbaden-Nordschwarzwald und Südbaden-Schwarzwald



Berlin (1):

21.10. Veranstaltung des AK Rentner*innen mit geringem Einkommen bei ver.di

„Wir wollen uns über kostengünstige Angebote austauschen und über die Erhöhung der Kosten für das Sozialticket, dazu wird es Inputs geben.“

Auch Grundsicherungsbezieher*innen im Alter und bei Erwerbsminderung sind von der Nullrunde beim Bürgergeld betroffen. Sie geraten insbesondere durch medizinische Ausgaben in existentielle Not, finden aber kaum Beachtung in der öffentlichen Debatte.“

Dortmund:

21.10.

Protestlieder gegen Sozialabbau und Krieg

Während der Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen“ lud der Protestlieder-Chor am 21.10.2025 im Café Aufbruch in Dortmund Hörde zum Mitsingen ein. Mit ausgewählten Liedern wurden alle auf die soziale Schieflage aufmerksam: „In diesem wirklich reichen Land... man reichlich Armut fand“. Die Frage „Wer hat die Arbeitsplätze geklaut“ leitete über zu denen, die nicht nur seit heute profitieren: „Milliardär im Geldspeicher“, „Zwei Spekulanten“. „Was soll'n wir tun mit Milliardären“ forderte musikalisch Umfairteilung. Das Lied: „Brot und Rosen“ aus 1912 machte klar, dass wir kein neues Thema haben, ebenso wies der Song „Der Deserteur“ (1954, Algerienkrieg) auf den Widerstand gegen die derzeitige Aufrüstung hin. Nicht zuletzt forderte „Bürger hier in Dortmund seid recht laut“ musikalisch zu weiterem Protest auf.



Reinheim:

22.10. Flugblatt-Aktion von REGE und Soziale Hilfe Reinheim

24/10 25 Sozialkürzungen im Fokus

Verein aus Reinheim trotz Wind und Regen, um auf drohende Sanktionen des Bundes hinzuweisen

Von Melanie Schweinfurth

REINHEIM. Das Wetter ist ungemütlich an diesem Nachmittag, doch die drei Menschen, die auf einem Supermarktparkplatz in Reinheim Handzettel verteilen, stemmen sich tapfer gegen den Wind und den immer wieder aufkommenden Nieselregen. Die Kunden treibt das Wetter zur Eile. Trotzdem können die Mitglieder des Vereins „Soziale Hilfe Reinheim“ einige Flyer verteilen und den einen oder anderen für ein kurzes Gespräch gewinnen.

„Wir möchten die Menschen darüber informieren, welche Änderungen geplant sind und welche Auswirkungen dies für die Betroffenen hat“, sagt Anna Model, die zu den Aktiven des Sozialvereins zählt. An ihn wenden sich Menschen, die erwerbslos sind, häufig armutsbetroffen oder -gefährdet, manchen droht gar die Obdachlosigkeit.

Anders als Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) und andere Politiker, die das stereotype Bild des Arbeitslosen zeichnen, der sich vom Staat alimentieren lässt, kennen die Mitglieder der „Sozialen Hilfe“ die Lebenswirklichkeit von Menschen im Bürgergeldbezug sehr gut. Und sie wissen, dass die Pläne der Bundesregierung, eine Grundsicher-

ung einzuführen, die bei Ungehorsam die Streichung aller Leistungen vorsieht, massive Existenzängste hervorrufen.

Gegen jenen Sozialabbau wenden sich Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Organisationen wie die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosenhilfe (KOS) in Berlin. Diese rief nun zu einer Aktionswoche auf, an der sich auch die Soziale Hilfe Reinheim beteiligte. Eine Reinheimerin begrüßt die Aktion und erzählt, dass sie selbst betroffen war.

„Damals hieß das Bürgergeld noch Hartz IV. Aber egal, wie man es nennt: Davon leben zu müssen, ist schlimm“, sagt sie. Nicht nur, dass das Geld immer knapp sei. Auch gebe es eine gesellschaftliche Ausgrenzung, die besonders ihre drei Kinder hart getroffen habe. „Glücklicherweise gab es an der Schule meiner Kinder tolle Lehrer, die verhinderten, dass sie sich bei Klassenausflügen als bedürftig outen mussten.“

Sie selbst habe lange einen Job gesucht. „Wenn man sich aus dem Bürgergeldbezug heraus bewirbt, landet die Bewerbung bestimmt nicht ganz oben im Stapel“, meint die Reinheimerin. Im Vorbeigehen lehnt ein Mann den angebotenen Flyer mit den Worten ab, er wolle „von all dem“ nichts mehr hören.



Anna Model (links) vom Verein „Soziale Hilfe Reinheim“ informiert über geplante Sozialkürzungen. Foto: Melanie Schweinfurth

Ein Phänomen, das Helga Röller seit einiger Zeit beobachtet. Sie ist ehrenamtlich bei Verdi in Frankfurt tätig und unterstützt die Reinheimer Gruppe. „Es gibt eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber politischem Handeln und gegenüber der Situation von Mitmenschen“, meint sie. Nicht selten kippe die Gleichgültigkeit in eine gewisse Verachtung, die sich durch eine neue verbale Härte kennzeichne.

Politiker seien mal Verstärker, mal Verursacher dieses Paradigmenwechsels, wie Röller es nennt. „Deren Rhetorik ist sehr emotional, arbeitet nicht mit Fakten, sondern mit exotischen

Fällen von angeblichen Totalverweigerern und schafft eine feindselige Haltung gegenüber den Wehrlosesten in der Gesellschaft.“

Die Achtung der Menschenwürde als ein Fundament des Zusammenlebens werde so ausgehöhlt. Die Abstiegsangst nehme zu und mit ihr steige der Druck, der Menschen zwingt, jede noch so schlechte Arbeitsbedingung hinzunehmen, sagt Helga Röller.

„Inzwischen hat Anna Model viele Handzettel verteilt, aber weniger Gespräche geführt als erhofft. Sie will sich dennoch weiter stark machen für mehr Solidarität und gegen Sozialabbau.“

Bremerhaven:

22.10. Infostand der IG Metall in der Innenstadt

Kaiserslautern:

22.10. Veranstaltung zu Militarisierung und Sozialabbau des Sozialforums Kaiserslautern und der Gruppe „Frauen wagen Frieden“

Berlin (2):

23.10. Infostand vor dem Jobcenter Wedding des AK Arbeitslosigkeit der IG Metall Berlin und der KOS





Gießen:

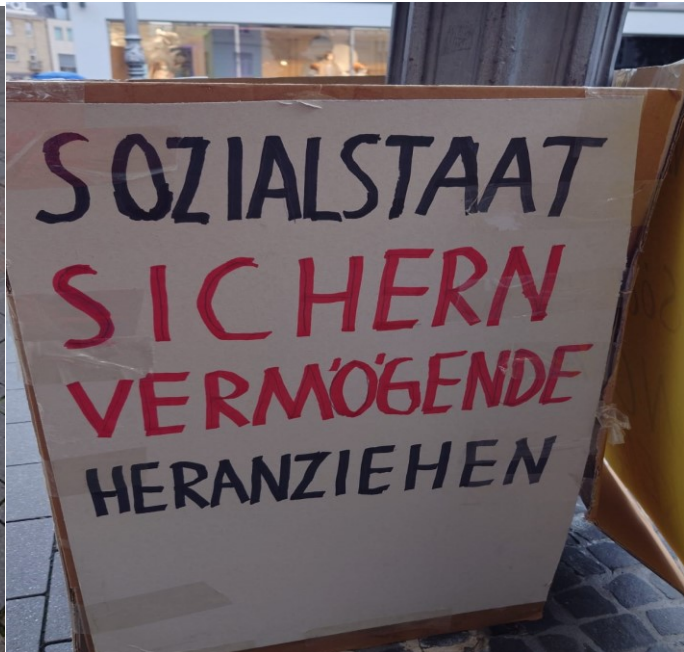
23.10. Öffentliche Präsentation eines Spiels zum Thema Sozialabbau und Gegenwehr

Entwickelt wurde das Spiel im Rahmen eines Kulturseminars für Erwerbslose. Träger waren die hessischen Landeskirchen, Aktive aus verschiedenen Erwerbsloseninitiativen, u.a. ALI Gießen, WALI Wetzlar und Kompass.

Bonn:

24.10. Kundgebung am Remigiusplatz

Trotz teilweise heftiger Sturmböen Aktion der Gewerkschaftlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfegruppe gegen den Sozialstaatsabbau von Merz, Linnemann, Söder und Co am Remigiusplatz durchgeführt. Mit einigen Kundgebungsbeiträgen und Flugblättern konnten wir die Bonner*innen u.a. über vorsätzliche Falschinformationen und über die Realität der Situation des Sozialstaats genauso aufklären, wie über die Folgen der geplanten Kürzungen. Diese treffen nicht nur die derzeit deutlich steigende Zahl von Erwerbslosen, sondern die wachsende Zahl von insbesondere armen Frauen, Pflegebedürftigen sowie Kinder und Familien, die es immer schwerer haben, über den Monat zu kommen. Andererseits leisten die Vermögenden kaum einen Beitrag zur Finanzierung des Staates. Die Gerechtigkeitslücke wird also größer.



Wuppertal:

31.10. Protestaktion von Tacheles e.V. in Wuppertal-Barmen



Protestaktion am 31. Oktober in Wuppertal

Armut – das kann auch dich treffen!

Solidarität statt Ausgrenzung!

Seit zwei Jahren läuft eine gezielte Hetzkampagne gegen Menschen, die von Armut betroffen sind und Unterstützung vom Jobcenter erhalten. Sie werden als faul abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt, öffentlich erniedrigt.

All das war kein Zufall – es war die Vorbereitung auf die jetzt drohenden sozialen Verschärfungen.

Warum?

Damit die Regierenden so tun können, als hätten sie alles im Griff.

Als gäbe es keine Probleme mit bezahlbarem Wohnraum, keine marode Infrastruktur, keinen Fachkräftemangel, kein schwaches Wirtschaftswachstum, keine eskalierende Klimakatastrophe.

Als wäre das alles kein Thema – während gleichzeitig Korruption, Maskendeals und Vetternwirtschaft verschwiegen und höhere Steuern für Reiche nicht zum Thema werden.

Diese populistische Kampagne gegen Armutsbetroffene ist nichts anderes als ein Angriff auf uns alle.

Sie soll Druck machen – damit Menschen jede Arbeit annehmen, egal wie schlecht bezahlt, egal wie unsicher.

Damit der Niedriglohnsektor weiterwachsen kann und die Profite für die sprudeln, die sowieso schon mehr als genug haben.

Wir sagen: Schluss damit!

Wir wollen reden. Mit euch!

Über die geplanten Kürzungen beim Bürgergeld, über das Leben mit Armut – und darüber, wen es trifft, wenn der Sozialstaat weiter abgebaut wird, nämlich uns alle!

Kommt mit uns auf die Straße!

Für Würde. Für Gerechtigkeit. Für Solidarität.

Wann: 31.10.2025., 11:00 bis 13:00 Uhr

Wo: Fußgängerzone am Alter Markt in Wuppertal-Barmen.

Oldenburg:

03.11.

*„AufREcht bestehen“ AKTIONSWOCHE der ALSO vor dem
Jobcenter Oldenburg*

03.11.2025

Wir sind diese Woche von Montag (3.11.) bis Donnerstag
(6.11.) von 9 bis 12 Uhr vor dem Jobcenter.

JOBCENTERANTRÄGE:

Papier oder digital – Wir haben die Wahl!

Im Jobcenter wird uns jetzt ständig gesagt:

- Sie müssen Ihre Anträge online stellen! Das müssen Sie lernen!*
- online ist viel einfacher*
- Papieranträge bekommen Sie vom Jobcenter nicht mehr.*

Und wo bleiben die, die das nicht können oder wollen?

Wir sind diese Woche von Montag (3.11.) bis Donnerstag (6.11.)
von 9 bis 12 Uhr vor dem Jobcenter.

Sprecht uns jetzt an, erzählt uns von Euren Erfahrungen!

Wir helfen Euch diese Woche die Anträge auf Papier zu stellen.
Ab 10.11. könnt Ihr dazu zu uns in die Beratung ins ALSO-Zentrum
kommen (Donnerschweer Str. 55, Oldenburg).

„AufRecht bestehen“ AKTIONSWOCHE – Wir stellen klar:

- alle haben das Recht Anträge auf Papier zu stellen.
- das Jobcenter muss Papier-Formulare aushändigen.

Kommt alle vorbei!

Eure ALSO



V.i.S.d.P.: G. Grüner, ALSO, Donnerschweer Str. 55, 26123 OL

Beratung – Unterstützung – Aktion

Landkreis Elbe-Elster:

Vorbereitung der Aktionswoche mit Schwerpunkt Wohnen u. Bürgergeld durch Aktive aus ver.di und Linkspartei. Im Rahmen dessen Sensibilisierung für die Problematik, gewerkschaftliche Beratung Betroffener und gerichtliche Klärung. Gründung eines regionalen „Netzwerks der Bürgermeister“, um Probleme schnell und effektiv zu lösen.



Lausitzer Rundschau, 24.10.25

Unterstützung des Mietverbands und ihres Anwaltes getan. Ab November zahle sie nichts mehr. Mit den einbehaltenden Warmkosten wird die nun höhere Stromrechnung beglichen, mit der Kaltmiete die ausbleibenden Reparaturen. Aus betroffenen Gebäuden, wie in der Windmühlenstraße und der Lauchhammer Straße, ist zu vernehmen, dass kündigte Mieter jenen beim Mietreibehalt helfen, die allein nicht klarkommen.

Unterdessen fand aufgrund der Notsituation nach Informationen von Bürgermeisterin Anja Heinrich in dieser Woche auf Drängen der Städte Elsterwerda und Lauchhammer abermals ein Krisengespräch mit dem zuständigen Staatssekretär in Potsdam statt. Die Runde war diesmal größer. Denn daran nahmen erstmals auch die Gläubiger der Versorgungsbereiche beider Städte teil. Darunter waren Wärmelieferant, Wasserver- und -entsorger, die NBB Netzgesellschaft als großer Verteilnetzbetreiber für die Gasversorgung und Stadtwerke. Die Kommunen waren unter anderem mit den Bürgermeistern vertreten. Auch Justitiare, Vertreter der Landkreise Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz sowie der Ministerien für Infrastruktur und Soziales saßen mit am Tisch.

In der Stadt Elsterwerda sind noch immer 60 Personen von der Einstellung der Wärmeversorgung durch den Gaslieferanten betroffen. Sowohl die Vivet, als auch der Eigentümer, die Sächsische Wohnen GmbH, haben die erhaltenen Zahlungen der Mieter trotz Mahnprozess nicht an die Wärmeversorger weitergeleitet", sagt Bürgermeisterin Anja Heinrich zur aktuellen Lage.



Seit mehr als drei Wochen frieren die Mieter in diesem Haus in der Windmühlenstraße in Elsterwerda. Es sind ältere Menschen.

Deutlich besser sei die Situation in Lauchhammer. Dort sei die Vivet dazu gebracht worden, wenigstens einen Teil ihrer Verbindlichkeiten zu überweisen. Damit ist die Androhung des Wärmeversorgers vom Tisch, den Hahn ab dem 1. November abzudrehen. Etwa 700 betroffene Mieter können aufatmen - allerdings nur vorerst. Denn nach wie vor habe die Vivet Schulden.

Datenschutz hemmt

Den Klärungsprozess würden jedoch bürokratische Hürden behindern. „Obwohl ich als Bürgermeisterin der Stadt Elsterwerda die Vollmachten erhalten hatte, wurde durch den ausgesetzten Sicht völlig überzogenen Datenschutz im Land erst zum vergangenen Wochenende der tatsächliche Gaslieferant, die EVH in Halle, benannt“, so Anja Heinrich. Weil angesichts der sinkenden Außentemperatur jeder Tag

zähle, wande sich die Stadt Elsterwerda noch am Wochenende an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat des Gaslieferanten.

Von diesem heißt es, dass die Vivet in einem langen Mahnprozess aufgefordert worden sei, ihren Zahlungspflichten nachzukommen. Geschehe dies nicht, würde die Versorgung eingestellt werden. Was dann in den letzten Septembertagen auch geschah. „Leider wurden die Mieter zuvor nicht durch den Wohnungseigentümer oder den Verwalter informiert“, kritisiert die Bürgermeisterin. Seitdem durchdringt Kälte die betroffenen Wohnungen.

Unterdessen könnte sich eine greifbare, zeitnahe Lösung anbahnen. Der Gaslieferant erklärte sich bereit, die Wärmeversorgung wieder aufzunehmen wenn für die entstehenden Wärmekosten eine Vorauszahlung geleistet wird. Um diesen Weg endlich abzusichern, werde das Amtsge-

richt Bad Liebenwerda einbezogen.

„Wir haben die Hoffnung, dass uns das Amtsgericht die Möglichkeit schafft, Betriebskosten von den Mietern direkt an die Versorger leisten zu können. Vorab ist der Vermieter/Eigentümer vom Amtsgericht anzuhören. Sobald uns eine Handlungsanweisung vorliegt, werden die Mieter umgehend darüber informiert“, teilt Bürgermeisterin Anja Heinrich mit.

Das wird betroffenen Mietern geraten

Während die Städte Elsterwerda und Lauchhammer im Hintergrund um eine Lösung ringen, dürfen die aktuell betroffenen Mieter in Elsterwerda nicht untätig bleiben. Schriftlich sollte dem Vermieter Vivet umgehend mitgeteilt werden, so die Stadtverwaltung Elsterwerda, dass man „mit sofortiger Wirkung die Miete aufgrund der massiven Einschränkung der Wohnqualität durch die fehlende Wärme- und Warmwasserversorgung bis auf Weiteres einstellt“. Im Idealfall sollten jene, die eine Rechtsschutzversicherung haben, die Mietrechtsvertretung nutzen. Andere können sich beim Mieterbund Rat holen oder lassen sich, wie bereits geschehen, von Nachbarn helfen.

Bürgermeisterin Anja Heinrich versichert, dass sich die Städte Elsterwerda und Lauchhammer weiterhin gemeinsam dafür einsetzen werden, dass die Versorgungssicherheit der betroffenen Mieter so schnell wie möglich wieder gewährleistet wird. *mf*

Städte ziehen gegen Vermieter vor Gericht

Justiz Rund 700 Haushalten in Elsterwerda und Lauchhammer droht der Verlust von Heizung und Warmwasser wegen Vivet.

Elsterwerda. Die Städte Elsterwerda und Lauchhammer haben offiziell rechtliche Schritte gegen den Vermieter Vivet Immobilien GmbH und die Lauchhammer Bauverein Beteiligungs GmbH & Co. KG angekündigt. In einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt es, man habe „alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel und Maßnahmen geprüft, um der drohenden Einstellung der Wärmeversorgung ab 31. Oktober 2025 für rund 700 Mieter“ entgegenzuwirken.

Bereits in den vergangenen Wochen hatten sich die Kommunen mit einem offenen Brief an die Landesregierung gewandt. In Elsterwerda sei die Gasversorgung für 56 Bürger bereits eingestellt. Beide Städte verweisen auf Gespräche mit Wärmeversorger, Mieterbund, Aufsichtsbehörden und Ministerien. Ziel ist, dass Mietzahlungen fristgerecht an Versorger geleitet und offene Forderungen beglichen werden.

Der Konflikt hat begonnen, als Vivet laut Angaben der Städte seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Wärmeversorger

wie der DMB selbst einräumt, ist die Umsetzung bei 700 Mietparteien „eine Mammutaufgabe“.

Mit der neuen Pressemitteilung unterstreichen die Kommunen ihre Entschlossenheit: Sie koordinierten sich mit dem Wasserverband Lausitz und haben „weitere rechtliche Schritte gegenüber dem Vermieter ... bei den zuständigen Amtsgerichten“ angekündigt. Die Begründung: Sicherstellung der Versorgung und Weiterleitung von Mietzahlungen an Versorger.

Optionen für Mieter

Bei einer Beratung im Innenministerium am Dienstag sollte geprüft werden, welche Optionen den Mietern künftig offenstehen. Gleichzeitig fand bereits ein Krisengespräch mit Bürgermeistern und der Lokalpolitik statt. Auch die Fraktionen Die Linke und die SPD suchten das direkte Gespräch und den Austausch mit Bürgermeisterin Anja Heinrich (Elsterwerda, CDU) und ihrem Amtskollegen Mirko Buhr (Lauchhammer, partellos). Die Kommunen wollen mit ju-

Danpower Energy Service GmbH nicht erfüllt haben soll. In Lauchhammer sind rund 80 Hauszüge betroffen, in denen Ende September per Aushang ein Ausfall von Heizung und Warmwasser angekündigt wurde.

Politiker machen Druck

Mehrere Politiker machen deswegen Druck. Der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Genilke fordert ein sofortiges Eingreifen des Landes Brandenburg, während Bundestagsabgeordneter Christian Görke (Linke) ein Modell mit Treuhandkonto als Soforthilfe favorisiert.

Der Deutsche Mieterbund (DMB) sagt, dass Mieter ihre Nebenkosten direkt an den Versorger überweisen können. Ein solches Konstrukt würde Vivet auf die Kaltmiete beschränken. Doch

ristischer Begleitung sicherstellen, dass Zahlungen der Mieter nicht beim Vermieter hängenbleiben, sondern direkt fließen. Ein Sprecher erklärte, man setze alles daran, „die Versorgungssicherheit der betroffenen Mieter weiter zu gewährleisten“.

Der juristische Weg ist hochkomplex. Die Städte müssen vor Amtsgerichten durchsetzen, dass Mietzahlungen verpflichtend umgeleitet werden. Vivet könnte Einwände vorbringen, etwa zur Vertragsfreiheit oder Haftungsgrenzen.

Ein Treuhandmodell braucht Zustimmung aller Akteure - Versorger, Mieter, Vermieter - und eine organisatorische Infrastruktur. In bisherigen Debatten wurde hervorgehoben, dass bei 700 Mietparteien der Aufwand immens sei. *jag/se*



Elsterwerdas Bürgermeisterin Anja Heinrich, ihr Amtskollege aus Lauchhammer, Mirko Buhr (M.), und der Landtagsabgeordnete Rainer Genilke haben einen „Schlichtplan“ entworfen, wie sie gegen den Vermieter Vivet vorgehen wollen. *Foto: Stadt Elsterwerda/Heinrich*